

Abbau des Nationalismus

Der *Deutschen Zeitung* (Nr. 56) entnehmen wir die folgende beachtenswerte Betrachtung:

„Ganz zaghaft deutet sich jenes Ende der nationalistischen Epoche an, von dem auf europäischen Kongressen so häufig die Rede ist. *Carlo Schmid* erregte zwar mit seiner Bemerkung, daß ‚nur ein Irrer‘ an die Rückführung der Sudetengebiete ins deutsche Staatsgebiet glauben könne, den Unwillen der Vertriebenenverbände. Möglicherweise war die überspitzte Formulierung auch seinen Chancen bei der Bundespräsidentenwahl abträglich; aber es verdient festgehalten zu werden, daß ein deutscher Politiker heute die Ostgrenzen anerkennen kann, ohne den Rest seines Lebens verfermt am Schandpfahl verbringen zu müssen. Nur ist solch eine Bescheidung dann wenig folgenreich, wenn die andere Seite fortfährt, ihren Nationalismus zu pflegen. Doch auch hier sind erste Anzeichen für eine Besserung zu registrieren. In Berlin hielt der ehemalige polnische Generalkonsul in Amsterdam, Prof. *Stefan Lubensky*, einen Vortrag vor der Anthroposophischen Gesellschaft. Er bedauerte darin die Entwicklung, die Polen genötigt habe, seine Ostgebiete zu opfern und sich nach Westen auszudehnen. Er empfahl, die Oder-Neiße-Grenze ‚in ehrlicher und vor allem rechtlicher Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker zum Verschwinden zu bringen‘. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum nicht auch an der deutschen Ostgrenze das möglich sein soll, was an der Westgrenze möglich war. Die beiden Professoren haben ihr Scherflein dazu beigetragen, daß eines Tages auch die ‚Erbfeindschaft‘ mit den Polen und Tschechen genauso begraben wird wie die mit den Franzosen.“

In diesem Zusammenhang ist auch ein Aufsatz interessant, den Dr. *Wladiyslaw Sliwka-Szczerbic* in der Halbmonatsschrift *Stimme der Gemeinde* (Heft 12) über die Westgrenze Polens veröffentlicht. Der polnische Autor erklärt, weshalb Polen sich für die allgemeine Entspannung und die Liquidierung des kalten Krieges und für die Schaffung der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einsetze und schreibt dann abschließend:

„Es ist charakteristisch, daß alle diese Initiativen in Bonn nur eine einzige Antwort ausgelöst haben: Nein, nein, nein! Es ist bedauerlich und sehr symptomatisch, daß die westdeutsche Regierung selbst keinen konstruktiven Gegenvorschlag gemacht hat. Sollte diese konsequente Negation wirklich als einzige Antwort von Bonn aus gelten? Wie bekannt, hat die polnische Regierung ihr Einverständnis erklärt, an der Außenministerkonferenz und an der Konferenz auf höchster

Ebene, die die Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und der europäischen Sicherheit behandeln sollen, teilzunehmen. Und wieder hat sich der westdeutsche Außenminister, Herr von Brentano, gegen eine solche Teilnahme ausgesprochen. Wenn man solche Stellungnahmen hört, dann muß man sich wirklich fragen, ob man etwa in Bonn vergessen hat, daß es Deutschland war, das den zweiten Weltkrieg ‚total verloren‘ hat . . . Es handelt sich aber jetzt darum, diesen Krieg auch formell zu Ende zu bringen und die Verhältnisse in Europa so zu ordnen, daß die Völker dieses Kontinents nicht wieder vor der gleichen Gefahr Angst haben müssen. Und das ist unser aller Anliegen — daran müssen wir also ehrlich und aufrichtig mitarbeiten.“

Keine Wiedervereinigung ohne „Auseinanderrücken“!

„Warum eigentlich Wiedervereinigung?“ fragt der bekannte Publizist *Gösta von Uexküll* in einem ungewöhnlich interessanten Aufsatz in der Schweizer Zeitung *Die Tat* (14. 6. 1959). Mit den landläufigen Argumenten für die Wiedervereinigung setzt sich Uexküll sehr kritisch auseinander, um dann im zweiten Teil seiner Darstellung sehr eindringlich zu zeigen, unter welchen Voraussetzungen allein die Wiedervereinigung möglich sei. Selten ist so scharfsinnig die Wechselwirkung zwischen Wiedervereinigung und „Auseinanderrücken der Blöcke“ dargestellt worden:

„Bleiben die Truppen der beiden großen Militärblöcke auf deutschem Boden, wird es nie zu einem Auseinanderrücken dieser Blöcke kommen. Dazu aber muß es kommen. Das Auseinanderrücken der Blöcke ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa und in der Welt, und die Wiedervereinigung ist die Voraussetzung für das Auseinanderrücken. Für die Menschen in Osteuropa gibt es keine Hoffnung, so lange es keinen Raum gibt, in den ihre jetzigen ‚Protektoren‘ sie ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit entlassen können. Wäre die Bundesrepublik den Weg Österreichs gegangen, oder, noch weit besser, hätte sie zusammen mit Österreich, Schweden und wer sonst noch mitmachen will, ein System der kollektiven Neutralität gebildet, dadurch auch die Furcht vor neuen deutschen Eroberungsgelüsten neutralisierend, dann hätten die Völker Osteuropas im Jahre 1956 ihre große Chance gehabt. Die ungarische Tragödie hätte nicht stattzufinden brauchen. Die Verantwortung, die unsere kalten Krieger auf sich genommen haben, ist also nicht gering.

Statt bei dem Wort ‚Auseinanderrücken‘ oder ‚Neutralität‘ vor Zorn zu beben oder wie Espenlaub zu zittern, hätten sie erkennen müs-

sen, daß man die Deutschen sogar dann wieder vereinigen müßte, wenn sie gar nicht wollen und wenn sie mit strahlenden Augen einem Staatsmann folgen, der den Ehrgeiz zu haben scheint, als Bismarck mit umgekehrten Vorzeichen in die Geschichte einzugehen, als Reichsliquidator und als Kanzler der Wiederverkleinerung.

Deutschland ist der Knochen, in den die Weltmächte sich verbissen haben. Sie müssen ihn loslassen und voneinander getrennt werden, oder sie werden sich eines Tages doch an die Kehle fahren.“

Afrikas Schicksalsjahr: 1960

Der Name des englischen Labour-Abgeordneten *Fenner Brockway* taucht nicht mehr allzu häufig in der außer-englischen Presse auf. Aber jedesmal, wenn wir einer Stellungnahme oder Veröffentlichung dieses Politikers begegnen, der lange Jahre der beste Kopf der Independent Labour Party (ILP) war, stellen wir fest, daß sein Kampf den Rechten der unterdrückten Völker gilt. So wie er vor mehr als dreißig Jahren als einer der ersten englischen Politiker für das Recht des indischen Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit eintrat, so erhebt er heute seine Stimme für die um Freiheit ringenden Völker Afrikas. In der Zeitschrift *Internationale Politik* (Heft 219) lasen wir von Fenner Brockway eine wichtige Arbeit unter dem Titel „*Dynamische Entwicklung im Schwarzen Afrika*“, die mit folgenden Sätzen beginnt:

„Das Jahr 1960 wird für den afrikanischen Kontinent von entscheidender Bedeutung sein. In diesem Jahr werden mehr Völker und Länder ihre Unabhängigkeit erhalten als in irgendeinem Jahr vorher. Auf der Liste stehen Nigeria, Somaliland, Kamerun und Togo. Nigeria ist die größte britische Kolonie. Wenn einmal seine 35 Millionen Einwohner die Freiheit erhalten, wird die Hälfte der keine Selbstverwaltung genießenden Bevölkerung des britischen Imperiums frei sein. Somaliland, Kamerun und Togo sind Territorien unter der Treuhandschaftsverwaltung der Vereinten Nationen; die Vereinten Nationen haben beschlossen, diese Länder im Laufe des kommenden Jahres unabhängig werden zu lassen.“

Diese Schritte zur Unabhängigkeit werden rasch weitere zur Folge haben. Dazu sagt Fenner Brockway: „Das unter italienischer Verwaltung stehende Somaliland grenzt an Französisch- und Britisch-Somaliland. Sobald Italienisch-Somaliland frei wird, werden auch die Völker der übrigen beiden Somaliländer die Vereinigung zu einem Groß-Somaliland fordern. Togo und Kamerun sind heute ebenfalls geteilt. Der britische Teil von Togo hat auf Grund einer Volksabstimmung beschlossen, sich an Ghana anzuschließen. Der britische Teil von

Kamerun wird sich innerhalb kurzer Zeit darüber äußern, ob er mit Nigeria zusammenbleiben oder sich an Französisch-Kamerun anschließen wird. Wie immer diese Entscheidung ausfallen mag — diese Länder werden im Laufe des nächsten Jahres unabhängig werden.“

Aber das ist noch nicht alles: „Die Bedeutung des Jahres 1960 für Afrika geht viel weiter. Die kritischste Entscheidung, die gefaßt werden muß, betrifft Ost- und Zentralafrika, denn hier wird über die Zukunft der Rassenbeziehungen auf diesem Kontinent entschieden werden. Sobald einmal die Afrikaner von Kenia, Njassaland und den beiden Rhodesien demokratische Gleichheit erringen, wird die europäische politische Oberherrschaft in Afrika zum Untergang verurteilt sein. Auch Südafrika wird, isoliert und unter dem Druck der Ereignisse auf dem übrigen Teil des Kontinents, das *Apartheid* nicht länger aufrechterhalten können.“

Fenner Brockway schildert dann im einzelnen die Kämpfe und Auseinandersetzungen, die sich in den letzten zehn Jahren in Ost- und Zentralafrika abgespielt haben. In bezug auf Kenia konstatiert er eine versöhnlichere Haltung der britischen Regierung und sagt: „Die Aussichten sind günstig. Die Atmosphäre unter den Rassen hat sich gebessert. Aber die wichtigsten Entscheidungen müssen erst noch fallen.“ Des weiteren schildert er eingehend die Vorbereitungen in Rhodesien und Njassaland und hält mit seiner Kritik an der Politik der europäischen Führer in diesen Gebieten nicht zurück. Abschließend schreibt er dann:

„Als bedeutendste Tatsache in Afrika ist das Anwachsen des Solidaritätsgefühls unter den Völkern des ganzen Kontinents zu werten. Ereignisse, welche Krisen hervorrufen, können im Jahre 1960 den übrigen Teil Afrikas nicht unberührt lassen. Wir waren bereits Zeugen des Aufruhrs in Belgisch-Kongo, der die belgische Regierung zu Zugeständnissen zwang. Frankreich ist in der Einräumung von Rechten in der inneren Selbstverwaltung an die Völker West- und Äquatorialafrikas — einem Drittel des Kontinents — sehr weit gegangen. Die Völker werden aber durch ihre Bestrebungen die ihnen von den europäischen Regierungen eingeräumten Zugeständnisse sehr bald überholen. Diese afrikanische Revolution stellt die größte dynamische Veränderung unserer Zeit dar. Es ist die Pflicht der Sozialisten Europas und der ganzen Welt, diese Revolution aufzugreifen und sie mit allen verfügbaren politischen Mitteln zu unterstützen.“

Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß die von der AFL-CIO in deutscher Sprache herausgegebenen *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* in Nr. 5 mehrere wichtige Beiträge zum Kampf Afrikas gegen den Kolonialismus enthalten.

Hinweise

Ein stattliches Sonderheft von rund 130 Seiten Umfang hat die Zeitschrift *Osteuropa* (Heft 5/6) dem XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewidmet. Eine lange Reihe von guten Kennern der russischen Verhältnisse, wie *Klaus Mehnert*, *Boris Meißner*, *Erik Boettcher* u. v. a., analysieren Probleme wie Partei und Staat, Wandel in der sozialen Struktur der Partei, Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der SU, das Verhältnis zu Jugoslawien, Wirtschaftswachstum durch Rationalisierung usw.

Im Maiheft der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv herausgegebenen Monatschrift *Wirtschaftsdienst* verdienen zwei Abhandlungen zu Europaproblemen Beachtung: *Willi Birkelbach* schreibt über „Das Arbeitsrechtsverhältnis im werdenden Europa“ und *Dr. Gerhard Schnorr* über „Lohnleichheit als Harmonisierungsprinzip in der europäischen Wirtschaft“.

Im Juniheft der katholischen Zeitschrift *Hochland* setzt sich *Martin Kriele* sehr scharf mit den umstrittenen Auffassungen von *Pater Gundlach* über die angeblich von Pius XII. als sittlich zulässig bezeichnete Verwendung von Atomwaffen auseinander. Wir zitieren einige Sätze: „Gundlachs Auffassung, daß es auf den Weltuntergang notfalls nicht ankomme, steht in direktem Widerspruch zur Lehre Pius' XII... . Angesichts der von Pius XII. betonten Grundsätze des Völkerrechts . . . ist es alarmierend, wenn gesagt und geglaubt wird, Pius XII. habe die Anwendung der Atomwaffen ausdrücklich für zulässig erklärt. Es geht nicht an, nach dem Tode dieses Papstes seine Autorität für die eigene, höchst anfechtbare Meinung in Anspruch zu nehmen. Auch der verheerenden Nebenwirkungen dieses seines Tuns scheint sich Gundlach nicht bewußt gewesen zu sein. Seine Ansicht läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Zweck jedes Mittel heiligt, und zwar selbst dann, wenn die verteidigten Güter mit zugrunde gehen. Dieser Grundsatz würde erstens den Gegnern der Kirche berechnete Argumente liefern, wenn er nicht den von der Kirche und von Pius XII. stets betonten Moralprinzipien geradezu widerspräche. Er erhöht zweitens die Gefahr der geistigen Selbsterstörung der Menschheit. Drittens sind seine demoralisierenden Auswirkungen noch gar nicht abzusehen; bedeutet er doch in allem Ernst nicht weniger als die Destruktion des intellektuellen Gewissens.“

Mit ähnlicher Schärfe setzt sich *Helmut Gollwitzer* mit dem bekannten Buch von *Karl Jaspers* über die Atombombe und mit der nach seiner Ansicht völlig sinnwidrigen Verleihung des Friedenspreises der deutschen Buchhändler an Jaspers auseinander; dieser sehr lesenswerte Aufsatz ist in der ersten Mainnummer von *Die Kultur* und in Heft 6 der protestantischen Monatshefte *Junge Kirche* veröffentlicht.

Zum gleichen Thema: „Der Philosoph und die Bombe“ von *Christoph Meyer* in der Vierteljahrsschrift *Eckart* (2); ferner zur Würzburger Tagung der Katholischen Akademie in Bayern *Peter Nellen* unter dem Titel „Gerechter atomarer Krieg?“ (*Frankfurter Hefte* April).

Die unter dem Titel *Freiburger Rundbrief* von Dr. Gertrud Luckner, Prof. Dr. Karl Thieme u. a. herausgegebenen „Beiträge zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und dem Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente“ legen als Nr. 41/44 ein umfangreiches Heft mit zahlreichen Dokumenten und Aufsätzen zum Thema des Antisemitismus vor.

Soziale Ordnung (Christlich-demokratische Blätter der Arbeit) enthält in Nr. 5 mehrere lesenswerte Beiträge zur Frage des Miteigentums und der Eigentumsstreuung. — Die von der Hans-Böckler-Gesellschaft im 5. Jahrgang herausgegebene Monatsschrift *Das Mitbestimmungsgespräch* ist wesentlich ausgebaut worden und brachte in den letzten Monaten wichtige Abhandlungen zu Fragen der Wirtschaftsdemokratie, der Mitbestimmung, der Konzentration in der heutigen Wirtschaft usw.

Die in Berlin als Organ der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft erscheinende Vierteljahrsschrift *Die öffentliche Wirtschaft* hat Heft 1 ihres VIII. Jahrgangs den Wirtschaftsproblemen West-Berlins gewidmet. Das im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders interessante Heft enthält eine lange Reihe gut dokumentierter Aufsätze aus der Feder führender Berliner Wirtschaftsfachleute. So schreibt *Paul Hertz* über die Wechselbeziehungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, *Otto Theuner* über die öffentliche Wirtschaft in der geteilten Stadt, *Werner Heinecke* über den Entwurf eines Berliner Eigenbetriebsgesetzes, *Horst Sachse* über Verkehrsprobleme einer gespaltenen Stadt, *Rolf Körnig* über Stromversorgung unter der Bürde der Teilung usw. Viele Tabellen und Schaubilder verdeutlichen die Aufsätze. In einem Geleitwort legt *Willy Brandt* ein Bekenntnis zur öffentlichen Wirtschaft ab, aus dem folgende Sätze zitiert seien: „Im Aufbau und in der Neugestaltung Berlins nach 1945 spielt die öffentliche Wirtschaft eine bedeutende, wenn nicht ausschlaggebende Rolle. Die Berliner Wirtschaft, die ihren alten Leistungsstand der Vorkriegszeit erreicht und überschritten hat, ist ohne eine ausgebaute Versorgungswirtschaft der öffentlichen Hand nicht denkbar. Wie stark das gesamte Leben Berlins von der Versorgungswirtschaft abhängt, das hat die Blockadezeit erwiesen. Ohne den systematischen Ausbau der öffentlichen Wirtschaft wäre es nicht möglich gewesen, die Berliner Produktion der privaten Wirtschaft in Umfang, Qualität und Preisgestaltung wieder zur vollen Wettbewerbsfähigkeit zu bringen. Berlins öffentliche Wirtschaft ist unerläßliche Voraussetzung für weiter steigende Leistungen in der Zukunft.“

Die im 5. Jahrgang in Wiesbaden erscheinende *Zeitschrift für Sozialreform* hat ihr Maiheft dem bekannten englischen Sozialpolitiker *Lord Beveridge* gewidmet, der kürzlich seinen 80. Geburtstag feierte. Das Heft veröffentlicht erstmals in deutscher Sprache eine fast hundert Seiten umfassende Arbeit von Lord Beveridge unter dem Titel „Freies Helfen — Nöte, die auch der Sozialstaat noch kennt“.

Die in Hamburg erscheinende Wochenschrift *Neue Politik*, deren Herausgeber *Wolf Schenke* wiederholt längere Zeit in China war, hat Anfang Juni als Nr. 23 ein *China-Sonderheft* herausgebracht, das eine Reihe lesenswerter Untersuchungen über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas enthält, so über den Wirtschaftsplan für

1959, über den Staatshaushalt, über neue Methoden der Eisengewinnung, über die Volkskommunen, über den Aufbau der chemischen Industrie, die wachsende Elektrizitätserzeugung, den Aufschwung der Erdölindustrie und die chinesische Außenhandelspolitik. Die Zeitschrift will mit dieser Veröffentlichung von Arbeiten bekannter Chinakenner dazu beitragen, die chinesische Wirklichkeit „ohne jede Gefühlsbeimischung oder ideologische Wunschbrille“ zu zeigen, denn „die wirtschaftliche und technische Revolution, die dieses Land in kürzester Zeit aus dem Mittelalter unmittelbar in die Neuzeit versetzt, schafft die Grundlage für die Weltmachtstellung des heutigen und morgigen China, mit dem wir und unsere Kinder es zu tun haben“.

W.F.